

Stadtpunkte 4|24



MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2024 IN NEUSS

Eröffnung

Begrüßungsrede des Neusser
Bürgermeisters

Rede des scheidenden
Vorsitzenden

Wechsel an der Spitze des
Städtetages NRW

Rede des neuen Vorsitzenden

Pressekonferenz mit Erwartungen
an das Land

Neusser Erklärung

Foren

Podiumsdiskussion

Exkursionen und Willkommens-
abend der Stadt Neuss



Stadtspitzen aus ganz NRW werben im Rahmen der Mitgliederversammlung bei einer Aktion auf dem Neusser Rathausbalkon für eine Teilnahme an der Europawahl: „Deine Stimme, deine Stadt, dein Europa.“
(Foto: Graça & Darius Bialojan)



Mitgliederversammlung 2024 des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Neuss

Von Uwe Schippmann

„WIR.MACHEN.ZUKUNFT.“ – unter diesem Motto versammelten sich am 7. und 8. Mai in Neuss gut 600 Delegierte und Gäste zur Mitgliederversammlung des Städtetages NRW. Auf dem Programm der großen Kommunalveranstaltung in NRW standen die Wahl des neuen Vorsitzenden, der zwei stellvertretenden Vorsitzenden und weiterer Vorstandsmitglieder. Wesentliches Element der zweitägigen Veranstaltung war zudem der Austausch über wichtige kommunale und landespolitische Themen, aber auch über bundespolitische und gesellschaftliche Fragestellungen. In vier Fachforen mit Impulsvorträgen, Diskussions- und Fragestunden ging es um die Wärmewände, Bildung und Chancengleichheit, Rechtspopulismus und die Europawahl sowie bezahlbares kommunales Bauen mit mehr Nachhaltigkeit. Kernfrage einer Podiumsdiskussion der Städtetagsspitze mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Mona Neubauer (MdL), war

die Frage nach dem gemeinsamen Handeln von Städten und Land. „Städte und Land – wie machen wir gemeinsam Zukunft?“, so der Titel der Diskussion.

Die Stadt Neuss mit ihrer jahrhundertealten Geschichte, ihrem beeindruckenden Hafen, ihrer lebendigen Wirtschaft, ihrer Lage an der Mündung der Erft in den Rhein und gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf bot allein schon räumlich die Nähe zur Landespolitik und war ein großartiger Gastgeber für die kommunale Familie aus NRW. Mit zwölf Exkursionen, von der klassischen Stadtführung über Bustouren bis hin zur Fahrt mit einem Feuerwehr-Einsatzfahrzeug, boten sich den Delegierten und Gästen unterschiedlichste Möglichkeiten, sich selbst einen Eindruck von Neuss zu verschaffen und städtische Projekte und Vorhaben kennenzulernen.

www.staedtetag-nrw.de/mitgliederversammlung-2024



Rede von Oberbürgermeister Thomas Kufen als scheidender Vorsitzender des Städtetages NRW
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

Eröffnung der Mitgliederversammlung

Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen, wandte sich in seinen Eröffnungsworten an die Delegierten aus den Mitgliedsstädten und an die außerordentlichen Mitglieder und Gäste. Außerdem hieß er die vielen Gäste aus der Politik, aus Landesregierung und Landtag und von befreundeten Verbänden und Organisationen herzlich willkommen. Er dankte Bürgermeister Reiner Breuer im Namen des Städtetages Nordrhein-Westfalen herzlich für die Einladung nach Neuss, lobte das Engagement für die Mitgliederversammlung und bei der Ausrichtung der vielen Exkursionen sowie das sehr gelungene Rahmenprogramm.

Kufen nannte die Stadt Neuss einen aktiven Partner im Städtetag NRW mit engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und betonte, wie wichtig das für die Zusammenarbeit der Städte in NRW sei. „Die Themen, ob in Bielefeld, Münster, Aachen oder Neuss, sind identisch, die Herausforderungen sind gleich“, sagte Kufen. Deshalb habe man sich unter und spreche mit einer Stimme, wenn es um die Anliegen der Städte ginge, gegenüber Bund und Land.

„Gerade in stürmischen, ja in unübersichtlichen Zeiten geht es darum, dass wir gemeinsam zusammenstehen“, führte Kufen aus. In der Hektik des Alltags werde vielleicht manchmal vergessen, dass Zusammenkünfte wie in Neuss auch dazu dienen, zusammenzukommen, sich auszutauschen, zu netzwerken und vielleicht auch Kraft zu tanken und sich zu motivieren. „Dafür sind Mitgliederversammlungen eben auch da“, so Kufen.

**„Gerade in stürmischen, ja
in unübersichtlichen Zeiten
geht es darum, dass wir
zusammenstehen.“**

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen

Begrüßung in Neuss



Bürgermeister der Gastgeberstadt Neuss, Reiner Breuer
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

Der Gastgeber der Mitgliederversammlung, Bürgermeister Reiner Breuer aus Neuss, zeigte sich bei seiner Rede erfreut, die Delegierten und Gäste zur Mitgliederversammlung in seiner Heimatstadt begrüßen zu dürfen. „Neuss ist eine der ältesten Städte Deutschlands – in diesem Jahr 2040 Jahre alt“, so Breuer. Auf die Tradition als Stadt sei man stolz, blicke aber auch in die Zukunft. „WIR.MACHEN.ZUKUNFT“ sei deshalb ein Motto, dass besser nicht hätte gewählt werden können.

„Wir versuchen mit viel Kreativität auch mutige Entscheidungen selbst zu gestalten und gute Perspektiven für die über 160.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Neuss zu schaffen“, sagte Breuer. Das gelinge gut. Man sei mittendrin in Nordrhein-Westfalen, mittendrin in Europa und gehe einen erfolgreichen Weg als Stadt.

„Die gute Lage am Rhein zwischen dem benachbarten Dorf an der Düssel und der Großstadt Köln hat schon die Römer überzeugt, sich hier anzusiedeln“, sagte Breuer mit einem Augenzwinkern. Neuss sei heute ein herausragender Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort mit hoher Lebensqualität. Hier seien mehr als 5.000 international tätige Unternehmen in einem breiten Branchenmix angesiedelt. Breuer verwies auf 82.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt. Das sei ein Wert, der die positive wirtschaftliche Situation widerspiegele. Das erlaube Neuss, „wichtige Investitionen in die Zukunft und

die Lebensqualität unserer Stadt zu tätigen. Aber uns fällt es auch immer schwerer und wir werden auch mit immer neuen Aufgaben befrachtet“, so der Bürgermeister. „Nichts destotrotz: Wir investieren in Bildung. Wir investieren in Sport und Kultur und in unsere Innenstadt“, sagte Breuer. Als jüngstes Investitionsbeispiel nannte er das Gebäude der ehemaligen Kaufhof-Filiale, das die Stadt übernommen habe, auch, um Spekulationsgeschäften entgegenzutreten. Ziel sei es, das Zentrum der Stadt aktiv selbst gestalten zu können. Als weitere Investitionsvorhaben nannte Breuer Klimaschutzprojekte rund um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2026 in Neuss. Geschaffen werden sollen ein neues Wohnareal mit 1.500 Wohneinheiten nahe dem Rhein und ein großer Bürgerpark mit über 2.000 Bäumen, der in unmittelbarer Zentrumsnähe als dauerhaft grünes Herz der Stadt fungiert und für Freizeit, Sport und Erholung genutzt werden kann.

Breuer spannte in seiner Begrüßung den Bogen aber noch weiter – vom Kommunalen hin zu Europa. „Wir sind eine Stadt der Vielfalt mitten in Europa“, betonte Breuer. Die Auszeichnung des Landes als europaaktive Kommune sei für Neuss ein ganz klarer Auftrag für das Jetzt und für die Zukunft. „Wir wissen darum, welchen Wert Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auch für uns Kommunen hat. Wir wissen, dass Europa uns in den letzten Jahrzehnten den Frieden gesichert hat“, sagte Breuer. Deshalb kämpfe man gegen diejenigen, die Europa und unsere Demokratie am liebsten beseitigen wollten. Das müsse man auch weiter tun, betonte Breuer unter dem Applaus der Delegierten und stellte zum Ende seiner Rede den Film zur Kampagne der Stadt „Nutze Deine Stimme. Neuss wählt Europa“ vor.

Titelfoto: Neue Städtetagsspitze

Gratulation an das neue Trio an der Spitze des Städtetages NRW.
Mehr zu den Wahlen ab Seite 10.
(Foto: Graça & Darius Bialojan)



Rede des scheidenden Vorsitzenden

„Wir machen Zukunft“, diese drei Worte seien zwar kurz und allgemein, fassten jedoch präzise zusammen, was die Städte in Nordrhein-Westfalen ausmache, erklärte Oberbürgermeister Kufen zu Beginn seiner Rede als scheidender Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen und führte weiter aus: „Unsere Städte leben vom ‚Wir‘, vom Zusammenhalt – sowohl innerhalb der Stadt als auch zwischen den Städten,“ betonte Kufen.

Neben dem Zusammenhalt im „Wir“ sei es aber auch das „Machen“, welches die Städte präge. „Unsere Städte sind Orte, die sich jeden Tag verändern, in denen Menschen ihre Stadt gestalten, in denen wir anpacken und etwas machen. Denn das ist unser Antrieb in der Kommunalpolitik: Etwas besser machen für die Menschen in unseren Städten, Tag für Tag,“ führte Kufen aus. Dabei stünde dieses Handeln der Städte stets auch im Zeichen der Zukunft. „Unser Anspruch in den Städten ist es nicht, einfach nur zu verwalten. Wir wollen unsere Städte nach vorne bringen, positiv verändern, fit für die Zukunft machen.“

Kufen wies darauf hin, dass dafür jede Menge Engagement vor Ort nötig sei und dankte in diesem Zusammenhang den Anwesenden für ihren täglichen Einsatz in den Rathäusern, Räten und Verwaltungen: „Sie alle sorgen mit Ihrer Arbeit dafür – ob im Haupt- oder im Ehrenamt –, dass unsere Städte lebenswert sind und bleiben.“

Herausforderungen der Kommunalpolitik

Kufen betonte, dass den Städten aber oftmals die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen fehlten, um gute Ideen und Vorhaben in die Tat umzusetzen. „Wie oft denken wir in der Kommunalpolitik: ‚Wir wissen doch, wie es geht. Lasst uns einfach machen.‘ Aber der rechtliche Rahmen von Bund und Land oder unsere finanziellen und personellen Ressourcen geben das einfach nicht her,“ so der Oberbürgermeister. Er forderte Bund und Land auf, bei den großen Transformationsaufgaben mit den Städten gemeinsam voranzugehen und sie als Partner miteinzubeziehen.



Delegierte und Gäste der Mitgliederversammlung im Saal der Stadthalle in Neuss (Foto: Graça & Darius Bialojan)

Es sei wichtig, dass die Städte in NRW eine starke Stimme haben – den Städtetag Nordrhein-Westfalen. „Wir haben uns im Städtetag zusammengeschlossen, weil wir als Städte in NRW eine Solidargemeinschaft sind,“ erklärte er. Dies ermögliche es den Städten, ihre gemeinsamen Interessen, Sorgen und Ideen für die Zukunft zu vertreten.

Eine starke Demokratie braucht starke Städte

In einer zunehmend komplexen Welt und Angesichts globaler Krisen wie der Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, der Energieknappheit und aktuellen Konflikten komme den Städten und ihrer Handlungs-

„Wir haben uns im Städtetag zusammengeschlossen, weil wir als Städte in NRW eine Solidargemeinschaft sind.“

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen

fähigkeit eine entscheidende Rolle zu, betonte Kufen. „Viele Menschen in unseren Städten haben das Gefühl, dass dem Staat die Kontrolle entgleitet. Sie fühlen sich überfordert, vor allem dann, wenn sie Politik nicht mehr verstehen – und sind dann anfällig für vermeintlich einfache Antworten von Populisten.“

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu stärken, sei eine ernsthafte Beteiligung der Städte durch Bund und Land notwendig. „Wir Verantwortliche in den Städten, wir sind die, die am nächsten dran sind an den Bürgerinnen und Bürgern. Damit fällt uns in der Regel auch die Aufgabe zu, Politik zu erklären und zu erläutern,“ erklärte Kufen. Er appellierte an Land und Bund: „Beteiligt uns, nehmt uns und unsere Sicht ernst. Wir setzen politische Entscheidungen um, wir sind in Kontakt mit den Menschen vor Ort. Wir wollen und wir können dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Politik wieder wächst.“

Kommunalfinanzen als Schlüsselthema

Als ein zentrales Thema, das viele Städte beschäftige, benannte der scheidende Vorsitzende die finanzielle Lage der Kommunen.

„Oft hört man von anderen politischen Ebenen: ‚Ihr Kommunen, ihr fordert ja immer nur Geld.‘ Das ist richtig – und das ist gleichzeitig falsch“, sagte Kufen. Was die Städte forderten, sei Geld, um vor Ort aktiv gestalten zu können. „Dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, aktiv angehen können: von Klimaanpassung und Wärmewende, über die Mobilitätswende und Digitalisierung bis hin zu mehr Wohnraum“, so Kufen. Diese Herausforderungen seien politischer Konsens, gleichzeitig sei die finanzielle Lage vieler Städte jedoch so, dass sie, wenn es um Investitionen geht, in vielen Bereichen de facto handlungsunfähig seien, so der Oberbürgermeister. „Das liegt nicht daran, dass wir alle nicht haushalten können. Das liegt daran, dass die kommunalen Haushalte strukturell unterfinanziert sind. Wir bekommen von Bund und Land immer neue Aufgaben zugewiesen – aber nicht immer das notwendige Geld dafür.“ Ohne einen dauerhaften, soliden und auskömmlichen finanziellen Rahmen könnten Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben nicht erfüllen, betonte Kufen. Entweder müssten zusätzliche und ausreichende finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, oder Aufgaben und Standards müssten wegfallen.

Neben einer auskömmlichen Finanzierung von gewünschten und verlangten Aufgaben forderte Kufen Bund und Ländern zudem auf, endlich eine abgestimmte Lösung des Altschuldenproblems vorzulegen. Diese sei in den Koalitionsverträgen schließlich benannt. Die Altschuldenlast schnüre den Städten die Luft ab und vielerorts sei überhaupt kein finanzieller Puffer mehr vorhanden.

„Wir brauchen endlich Klarheit vom Land, auf welcher rechtlichen Basis wir den Ganztags an Grundschulen gestalten können.“

Thomas Kufen
Oberbürgermeister
der Stadt Essen



Rede von Oberbürgermeister Thomas Kufen als scheidender Vorsitzender des Städtetages NRW (Foto: Graça & Darius Bialojan)

den, beklagte er. Das Land müsse deshalb eigenen Mittel bereitstellen und der Bund müsse nicht nur die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen schaffen, sondern konkrete Vorschläge machen, wie eine Bundesbeteiligung aussehen könne, forderte Kufen.

Bildung als Zukunftsaufgabe

Als ein zentrales Zukunftsthema benannte Kufen in seiner Rede die Bildung. Gute Bildung setze die Weichen für erfolgreiche Lebenswege junger Menschen und zahle auf die Zukunft unseres Landes ein. Die Städte sähen sich nicht mehr nur als „Hausmeister des Bildungssystems“, der die Schulgebäude bereitstellt, sondern setzen sich aktiv für mehr Bildungsgerechtigkeit ein.

Kufen nannte den anstehenden Rechtsanspruch auf Ganztags an Grundschulen eine echte bildungspolitische Chance und betonte, dass sich die NRW-Städte für die Gestaltung des Ganztagsanspruchs in NRW vor Ort einsetzten. Beim Ganztagsausbau und bei der Ganztagsförderung erwarteten die Städte jedoch mehr vom Land, als bisher auf dem Tisch liege. „Wir brauchen endlich Klarheit vom Land, auf welcher rechtlichen Basis wir den Ganztags an Grundschulen gestalten können,“ so Kufen.

Neustart bei der Schulfinanzierung

Mehr Tempo und konstruktive Zusammenarbeit forderte Kufen für das Thema Schulfinanzierung. „In den Schulen und bei den Schulträgern engagieren sich Tag für Tag Menschen dafür, Bildung besser zu machen.

Dennoch zeigt jede neue Bildungsstudie, dass wir enormen Nachholbedarf haben – bei Bildungsgerechtigkeit, Wissens- und Lernkompetenzen oder Digitalisierung.“ Die müssten deshalb viel mehr und zielgerichteter in die Schulen investieren können. Dafür brauche es jedoch eine ausreichende strukturelle Finanzierung statt nur einzelner Förderprogramme. „Wir brauchen bei der Schulfinanzierung einen Neustart, aber die von der Landesregierung angekündigte Reform der Schulfinanzierung steckt immer noch in den Kinderschuhen. Das können wir uns nicht mehr leisten“, so Kufen. Als Begründung verwies er darauf, wie rasant sich Digitales und technische Anforderungen entwickelten. Außerdem müssten die Städte in NRW viele zugewanderte Kinder und Jugendliche in das Schulsystem integrieren. „Wir brauchen bis zum Ende der Legislaturperiode greifbare Ergebnisse, sonst wird das Thema Schulfinanzierung wieder auf Jahre vertagt“, warnte Kufen.

Integration und Geflüchtete

Die Integration von Geflüchteten wertete Kufen als enorme Herausforderung. „Wir alle wissen: Wir Städte haben da eine unglaublich große humanitäre Verantwortung. Und wir stehen zu dieser humanitären Verantwortung, Geflüchtete aufzunehmen und bestmöglich unterzubringen und zu versorgen,“ so Kufen. Allerdings stießen viele

Städte an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Für eine gute Integration nötig seien neben Geld für Verpflegung und Kleidung auch Kita-Plätze, Plätze in Schulklassen, Sprachkurse, Fachkräfte für die Integration und nicht zuletzt auch Wohnraum. Die Erwartungen der Städte seien klar: „Der Bund muss sich noch stärker finanziell engagieren und zum Beispiel die Kosten der Unterkunft für Geflüchtete wieder voll übernehmen. Und der Bund ist in der Pflicht, mehr gegen irreguläre Migration und für schnellere Rückführung zu tun“, so Kufen. „Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie endlich eine Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) auf den Weg bringt, mit einer deutlichen Anhebung der Pauschalen. Bei den Städten muss mehr Geld für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ankommen“, sagte Kufen.

Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen

Als ein besonders drängendes Thema charakterisierte Kufen in seiner Rede den Wohnungsbau. „In vielen Städten ist der Wohnungsmarkt extrem angespannt. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen weiter beschleunigt und entbürokratisiert werden – da sind Bund und Land am Zug,“ erklärte er. Zudem seien Investitionszuschüsse für Wohnungsbau-träger, insbesondere für den sozialen Wohnungsbau, notwendig. „Fürs Bauen brauchen wir



Eine Dokumentation mit Fotos der Mitgliederversammlung gibt es online unter www.staedtetag-nrw.de/mitgliederversammlung-2024 (Foto: Graça & Darius Bialojan)



Aufzeichnungen der Reden der Mitgliederversammlung abrufbar unter www.staedtetag-nrw.de
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

aber vor allem eines: Flächen," so Kufen. Er forderte vom Bund, mehr Handlungsspielräume für die Städte und stärkere Vorkaufsrechte. „So können wir uns dafür einsetzen, dass die Bodenpreise gedämpft werden, Flächen gemeinwohlorientiert bebaut werden und bezahlbarer Wohnraum entsteht.“

Klimaschutz und Wärmewende

Auch der Klimaschutz, insbesondere die Wärmewende, stehe auf der Agenda der Städte in Nordrhein-Westfalen. „Wir als Städte haben uns längst auf den Weg gemacht, klimaneutral zu werden. Und wir wissen, dass wir auch beim Heizen weg müssen von fossilen Energieträgern," so Kufen. Das Gebäudeenergiegesetz und das Wärmeplanungsgesetz seien jedoch Beispiele dafür, dass den Städten neue Aufgaben zugewiesen werden, die bei Weitem noch nicht durchfinanziert sind. Für Investitionen in die Klimaneutralität, darunter auch für die Wärmewende, würden landesweit Milliardenbeträge nötig und für die Umsetzung kämen

auf die Stadtwerke gewaltige Investitionsbedarfe zu, beschrieb Kufen und führte aus: „Das, was es bisher an Förderung vom Bund für effiziente Wärmenetze geben soll, reicht da bei weitem nicht aus. Auch hier greift das Prinzip: wer bestellt, muss bezahlen. Der Bund muss die Förderung für den Ausbau der Wärmenetze deutlich ausweiten.“

Zukunft und Hier und Jetzt gestalten

Zum Ende seiner Rede verwies Kufen auf die Ambivalenz der kommunalpolitischen Aufgaben. „Wir müssen mitdenken und planen, wie unsere Stadt in 30, 40, 50 Jahren aussehen wird – und gleichzeitig ist es dann manchmal doch die nicht geleerte Mülltonne, die zum Stadtgespräch wird.“ Er dankte den Anwesenden für ihr Engagement und die Zusammenarbeit und rief dazu auf, gemeinsam weiterzumachen: „Lassen Sie uns gemeinsam, untergehakt und mit Selbstbewusstsein weitermachen, in unseren Städten und hier, im Städtetag Nordrhein-Westfalen.“

Wechsel an der Spitze des Städtetages NRW



Geschäftsführer des Städtetages NRW, Helmut Dedy mit der neu gewählten Spitze des Städtetages (v.l.n.r.) Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Aachen; Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum; Oberbürgermeister Thomas Kufen, Essen. (Foto: Graça & Darius Bialojan)

Die Delegierten der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW haben eine neue ehrenamtliche Verbandsspitze gewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister

Thomas Eiskirch aus Bochum, ist neuer Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende, Thomas Kufen, Oberbürgermeister aus Es-



Delegierte bei der Stimmabgabe (Foto: Graça & Darius Bialojan)

sen, gewählt. Ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde Sibylle Keupen, Oberbürgermeisterin aus Aachen.

Thomas Eiskirch (SPD) ist seit 2015 Oberbürgermeister der Stadt Bochum und engagiert sich seit 2016 im Vorstand des Städtetages NRW. Seit 2018 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Für ihn ist es die erste Amtszeit als Vorsitzender des kommunalen Spitzenverbandes.

Thomas Kufen (CDU) steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Essen. Er stand seit 2022 als Vorsitzender an der Spitze des Verbandes und war zuvor bereits stellvertretender Vorsitzender. Er gehört dem Vorstand des Städtetages NRW seit 2015 an. Außerdem engagiert er sich seit neun Jahren im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Sibylle Keupen (Grüne) ist seit 2020 Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen. Sie ist seit 2020 Mitglied des Vorstands des Städtetages NRW und nun erstmals Teil der Städtetagsspitze.

Die Mitgliederversammlung wählte vor den Wahlen zum Vorsitz außerdem 10 der insgesamt mehr als 30 Vorstandmitglieder neu oder turnusgemäß wieder. Neu, beziehungsweise wiedergewählt wurden: Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (Bochum), Bürgermeister Reiner Breuer (Neuss), Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz (Remscheid), Fraktionsvorsitzender Dr. Michael Faber (Bonn), Oberbürgermeister Daniel Schranz (Oberhausen), Oberbürgermeister Frank Meyer (Krefeld), Bürgermeister Steffen Mues (Siegen), Oberbürgermeister Erik O. Schulz (Hagen) und Bürgermeister Andreas Wolter (Köln).

Eine Liste der Vorstandsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen ist aufrufbar unter:

www.staedtetag-nrw.de/wir/vorstand/mitglieder

Rede des neuen Vorsitzenden



Der neu gewählte Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch aus Bochum.
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

Mit einem Dankschön für das Vertrauen, das die breite Mehrheit der Delegierten in ihn als neuen Vorsitzenden und in das Vorstandsteam setzt, begann Oberbürgermeister Thomas Eiskirch seine Rede als neuer Vorsitzender des Städtetages NRW und betonte, gemeinsam mit dem Vorstandsteam die Interessen der Städte in NRW „weiter kraftvoll und mit Engagement gegenüber dem Land und gegenüber dem Bund zu vertreten.“

Geburtsstunde der EU

Eiskirch wies sodann auf den 9. Mai 1950 als Geburtsstunde der heutigen Europäischen Union hin, der als Europatag begangen werde, weil seinerzeit der französische Außenminister Robert Schumann vorschlug, eine Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. „Europas Zukunft zu sichern und zu gestalten ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung“, sagte Eiskirch und verwies auf die Aktion auf dem Neusser Rathausbalkon am Vortrag (s. S. 2).

Dort hatten sich Stadtspitzen aus ganz NRW hinter einem großen Europatransparent versammelt, um gemeinsam ein Zeichen für Europa zu setzen und um für eine Beteiligung an der Europawahl zu werben – unter dem Motto „Deine Stimme, deine Stadt, dein Europa“ des Deutschen Städtetages.

Zusammenhalt in Europa und global stärken

Mit Blick auf die Europawahl sprach Eiskirch von einer Richtungswahl: „Es geht um nicht weniger als die Frage, ob wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit und Sicherheit gemeinsam mit unseren Nachbarn leben wollen und leben werden. Oder, ob – wie in der Neusser Erklärung festgehalten – extreme und populistische Kräfte, denen Europa Nichts bedeutet, die Oberhand gewinnen.“ Er warnte vor ihrem Streben, EU und Demokratie von innen aushöhlen zu wollen an die Stelle von Gemeinschaftlichkeit mehr Nationalstaatlichkeit zusetzen. Dagegen sprächen sich

die Städte in NRW für ein Europa der Gemeinschaft aus. „Europas Zukunft Richtung geben“ – habe daher auf dem Transparent auf dem Rathausbalkon gestanden. „Wir wollen Europa gemeinsam demokratisch gestalten. Das geht nur mit starken Städten“, sagte der neue Vorsitzende und verwies darauf, dass die Städte über Grenzen hinaus in Städtepartnerschaften und Netzwerken arbeiteten. „Ob Bochum, Bielefeld, Antwerpen oder Rotterdam: Unsere Herausforderungen ähneln sich. Städte lernen voneinander, entwickeln Lösungsansätze, bringen Menschen zusammen und stärken so den Zusammenhalt in Europa und auch global. In den Städten wissen wir: Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen unserer Zeit lösen. Das gilt heute mehr denn je!“, so Eiskirch.

„Wir wollen Europa gemeinsam demokratisch gestalten. Das geht nur mit starken Städten.“

Thomas Eiskirch
Vorsitzender Städtetag NRW

Engagiert gegen Hass und Gewalt

Eiskirch beklagte, dass sich in den letzten Jahren Grenzen verschoben und extremistische Bestrebungen zugenommen hätten. Das belegten Drohbriefe und Hassmails gegen Amts- und Mandatsträger und tätliche Angriffe. „Da müssen wir als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam aufstehen und gegenhalten. Wer sich in der Politik, insbesondere in der Kommunalpolitik, für seine Stadt und das Gemeinwohl engagiert, muss das ohne Angst tun können. Denn unsere Städte sind die Keimzelle unserer Demokratie“, forderte er und betonte, dass vor Ort in den Kommunen der gesellschaftliche Zusammenhalt entstehe.

Auf Augenhöhe mit dem Land

Mit Blick auf die Landesregierung und das Gespräch mit der stellvertretenden Minister-



Die stellv. Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen bei ihrem Grußwort an die Delegierten und Gäste der Mitgliederversammlung.
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

präsidentin Mona Neubaur betonte Eiskirch den Willen der Städte in NRW zu Kooperation und konstruktiver Zusammenarbeit: „Wir in den Städten stehen bereit, wenn es darum geht, gemeinsam die Zukunft unseres Landes zu gestalten. In Kita und OGS, bei der Integration, bei der Verkehrswende, der Digitalisierung und der Transformation der Wirtschaft.“

Um gestalten zu können, brauche es aber auch Handlungsspielräume und Ressourcen. Die Menschen vor Ort fragten nicht danach, wer formal verantwortlich ist, sondern sie wollten wissen, dass sich jemand kümmert, dass es funktioniert. „Das muss der gemeinsame Anspruch sein von Land und Kommunen: Gemeinsam Zukunft machen – auf Augenhöhe – für die Bürgerinnen und Bürger.“

Am Schluss seiner Rede wies der neu gewählte Vorsitzende noch auf die Gastgeberstadt der nächsten Mitgliederversammlung 2026 hin. „Oberbürgermeister Daniel Schranz hat sich bereit erklärt, die nächste Mitgliederversammlung des Städtetages NRW bei sich in Oberhausen auszurichten“, sagte Eiskirch und fügte mit einem Dank an die Stadt Oberhausen an, dass er sich schon sehr auf ein Wiedersehen freue.



Pressekonferenz mit (v.r.n.l.): Verena Göppert, stellv. Geschäftsführerin des Städtetages NRW; Bürgermeister Reiner Breuer, Neuss; stellv. Vorsitzender des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Kufen, Essen; Vorsitzender des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum; Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW; Timm Steinborn, Pressesprecher des Städtetages NRW. (Foto: Graça & Darius Bialojan)

Pressekonferenz mit Erwartungen an das Land

Auf der Pressekonferenz der Mitgliederversammlung forderte Bochums Oberbürgermeister Thomas Eiskirch als neu gewählter Vorsitzender des Städtetages NRW von Bund und Land die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Städte ihre Aufgaben erfüllen und die Zukunft gestalten können. Eiskirch betonte: „Die Städte in NRW übernehmen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Von der Bildung über die Verkehrswende bis zur Wärmewende – wir wollen diese wichtigen Zukunftsthemen aktiv angehen.“

ÖPNV braucht Investitionsschub

Damit eine klimaneutrale Verkehrswende in NRW gelingen könne, forderte Eiskirch, die Lastenverteilung bei der Finanzierung des ÖPNV zwischen Bund, Ländern und Kommunen grundlegend neu auszutarieren und von Land und Bund deutlich mehr

Engagement. Er kritisierte: „Die Regionalisierungsmittel des Bundes, die in NRW für den Nahverkehr ankommen, sind deutlich zu gering. Und auch die ÖPNV-Pauschale des Landes stagniert seit Jahren.“ Als dringend nötig benannte er ein Investitionsschub für den ÖPNV und zusätzliche Mittel für den laufenden Betrieb. Zur Begründung wies er auf den hohen Finanzierungsanteil der NRW-Städte für den ÖPNV hin. Dieser sei in keinem anderen Flächenland in Deutschland so hoch, trotz extrem angespannter kommunaler Haushalte. Ohne mehr Mittel werde es unmöglich, das bestehende Netz im gleichen Umfang wie bisher aufrecht zu erhalten, so Eiskirch, „von einer Verdoppelung der Fahrgastzahlen und dem Erreichen der Klimaschutzziele bis 2030 ganz zu schweigen.“ Auf diese Zielmarken hatten sich Bund, Länder und Kommunen ursprünglich einmal verständigt.

Ganztag: Bildungspolitische Chance nutzen

„Wir brauchen endlich einen bildungspolitischen Neustart“, forderte Eiskirch mit Blick auf das Thema Bildung und bemängelte, dass NRW, obwohl gute Bildung elementar sei für die Zukunft des Landes, bei allen aktuellen Bildungsstudien unterdurchschnittlich abschneide. Das Land solle deshalb die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag an Grundschulen als bildungspolitische Chance begreifen und mit einem Gesetzesentwurf eine klare rechtliche Grundlage für den Ganztag schaffen, so Eiskirch: „Wenn wir den Ganztag im Schulgesetz verankern, hat das nur Vorteile: Wir können festlegen, wie wir uns den Ganztag qualitativ inhaltlich vorstellen, wir haben eine klare Finanzierungsgrundlage und die Eltern hätten einen Rechtsanspruch, der auch hält, was er verspricht.“ Stand jetzt drohe jedoch in NRW allerdings ein Ganztag nach Kassenlage und würden die Städte nicht halten können, was andere im Land versprochen haben.

Wärmewende: Land und Bund müssen mehr unterstützen

„Die Städte sind mit der kommunalen Wärmeplanung die zentralen Akteure der Wärmewende“, sagte Oberbürgermeister Thomas Kufen in seiner neuen Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW und beschrieb das Engagement der Städte bei dieser Zukunftsaufgabe angefangen bei der Analyse von Gebäuden und Netzen über die Erfassung von Wärmequellen bis hin zur Kalkulation von Szenarien für die künftige Wärmeversorgung für Wirtschaft, Gewerbe und für das Heizen zu Hause. „Wir müssen die Strom- und Wärmenetze fit machen für die Wärmewende und wollen Fernwärme massiv ausbauen“, sagte Kufen. Das sei ein Mammutprojekt für Jahrzehnte und auch kommunikativ herausfordernd. Denn die Menschen wollten wissen, womit sie künftig heizen können. Er lobte das vom Land geplante Landeswärmeplanungsge-



Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW beantwortet eine Journalistenfrage während der Pressekonzferenz (Foto: Graça & Darius Bialojan)

setz und begrüßte ausdrücklich, dass die Landesregierung den Städten volle Konnexität zusichert: „Es ist gut, dass das Land sowohl für das Erstellen als auch für das Fortschreiben der kommunalen Wärmeplanung einen Belastungsausgleich vorsieht, denn die Wärmepläne werden laufend aktualisiert werden müssen“, so Kufen.

Altschulden: Lösungsvorschlag muss endlich auf den Tisch

Angesichts von rund 20 Milliarden kommunalen Altschulden appellierte Kufen an Land und Bund, endlich einen abgestimmten Lösungsvorschlag auf den Tisch zu legen und verlangte, dass das Land dafür auch eigene Mittel bereitstelle. Kufen sagte, „Land und Bund sollten aufhören Ping-Pong zu spielen, sondern müssen ihre Versprechen aus den beiden Koalitionsverträgen einlösen.“ Die Städte in NRW brauchten endlich eine Regelung, die sie jetzt und zukünftig von den immensen Liquiditätskrediten und Zinsrisiken befreit. Nur so könnten sie die diversen Zukunftsaufgaben angehen und blieben auch für etwaige weitere Krisen handlungsfähig.



Neusser Erklärung

Die Delegierten der Mitgliederversammlung verabschiedeten am 8. Mai die „Neusser Erklärung“ des Städtetages NRW, in der sich die nordrhein-westfälischen Städte unter anderem zu einem starken Europa bekennen und ihre Rolle für wichtige Zukunftsaufgaben betonen. Die Erklärung im Wortlaut:

Präambel

Die Menschen in unseren Städten spüren, dass wir vor großen Veränderungen stehen – beim Klima, beim Wohnen, bei der Mobilität, auch in der Bildung. Vieles, was vor einigen Jahren noch als Gewissheit galt, ist ungewiss geworden. Unser Land verändert sich. Kriege und Konflikte in der Welt haben einen immer stärkeren Einfluss auf unser Zusammenleben vor Ort. Populisten und Extremisten versuchen, die Verunsicherung vieler Menschen für ihre Zwecke zu nutzen. Gleichzeitig haben die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten in diesem Jahr mit vielen Demonstrationen gezeigt, dass sie für Demokratie und für Zusammenhalt eintreten. Dieser Zusammenhalt macht unsere Städte in Nordrhein-Westfalen aus. Zusammenhalt brauchen wir gerade dann, wenn unser demokratisches Miteinander bedroht wird. Die Angriffe der vergangenen Wochen und Monate auf politische Engagierte und Menschen, die täglich für Demokratie eintreten, werden wir nicht hinnehmen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Demokratie lebt von Debatte, auch vom Widerspruch in der Sache – aber immer auch von gegenseitigem Respekt. Gemeinsam gehen wir die Veränderungen an. Wir machen Zukunft.

Wir machen Zukunft – in einem starken Europa

In unseren Städten wird die europäische Idee gelebt: am Arbeitsplatz, in der Freizeit, mit vielen kulturellen, wirtschaftlichen und auch freundschaftlichen Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn. Die Städte in NRW haben von der Europäischen Union immer profitiert. Die Zukunft unserer Städte liegt in Europa. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Monat werden

richtungsweisend sein. Extreme und populistische Kräfte, denen Europa nichts bedeutet, gewinnen an Boden. Wer Europa bewahren will, muss jetzt Haltung zeigen und eindeutig gegenhalten. Die Städte in NRW stehen fest zu Europa. Unser Appell ist klar: Wählen gehen für ein starkes und demokratisches Europa!

Wir machen Zukunft – mit Wohnraum für alle

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Aber Wohnen ist noch mehr: Denn Wohnen in unseren Städten bedeutet Heimat. Städte sind Orte, an denen sich Menschen zu Hause fühlen und mit denen sie sich identifizieren. Wie wir in der Stadt wohnen, definiert auch, wie wir zu unserer Stadt stehen. Doch der Wohnungsmarkt ist in vielen Städten stark angespannt. Damit wir Tempo beim Bauen machen können, müssen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen – da sind Bund, Land und auch die Städte am Zug. Wir brauchen außerdem Investitionszuschüsse für Bauträger, gerade für den sozialen Wohnungsbau. Die Landesregierung sollte bei den entsprechenden Fördermitteln nachlegen. Und nicht zuletzt brauchen die Städte ein Vorkaufsrecht für alle Grundstücke im Stadtgebiet – damit Flächen nicht jahrelang brachliegen und die Bodenpreise nicht ins Unermessliche steigen.

Wir machen Zukunft – mit guter Bildung für alle

Seit Jahren schneidet NRW bei Bildungsstudien unterdurchschnittlich ab. Unsere Kinder verdienen Besseres. Sonntagsreden sind genug gehalten. Wir brauchen einen bildungspolitischen Neustart. Dazu gehört in NRW, dass das Land die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztags an Grundschulen endlich als bildungs-politische Chance begreift. Die Städte wollen den Ganztags aktiv gestalten, für mehr Bildungsgerechtigkeit. Dafür muss das Land mit einem Ausführungsgesetz eine klare rechtliche Grundlage schaffen und dabei im Schulgesetz den rhythmisierten Ganztags als Regelangebot verankern.

Und wir brauchen die Zusage, dass das Land dafür Mittel bereitstellt. Sonst gibt es vor Ort einen Ganzttag nach Kassenlage. Die Städte wollen selbst aktive Bildungspartner des Landes sein. Dazu muss das Land die versprochene Reform der Schulfinanzierung zügig voranzutreiben. Ergebnisse muss es noch vor der nächsten Landtagswahl geben.

Wir machen Zukunft – und sorgen für Integration

Menschen, die vor Krieg und Vertreibung zu uns fliehen, brauchen unseren Schutz. Wir wollen Geflüchtete nicht nur unterbringen und versorgen, sondern müssen auch für gute Integration sorgen. Dazu gehören Kita- und Schulplätze für die Kinder, Sprach- und Integrationskurse für die Erwachsenen und nicht zuletzt Wohnraum bei ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt. Das fordert uns sehr. Die Städte stoßen immer stärker an die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit. Land und Bund dürfen uns mit dieser Herkulesaufgabe nicht allein lassen. Das Land muss die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich erhöhen, die Vorhaltekosten für nicht belegte Plätze in Unterkünften finanzieren und die Städte bei Integrationsaufgaben und -kosten unterstützen. Der Bund sollte die Kosten der Unterkunft für Geflüchtete wieder komplett übernehmen und muss die verabredeten Maßnahmen zur Begrenzung von irregulärer Migration und für schnellere Rückführungen abgelehnter Asylbewerber konsequent umsetzen.

Wir machen Zukunft – mit Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Städte in Nordrhein-Westfalen übernehmen schon heute Tag für Tag Verantwortung beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung: Sie haben kommunale Klimaschutzkonzepte, bauen erneuerbare Energien aus, entsiegeln Flächen, begrünen Dächer und bauen nachhaltiger. Und mit der kommunalen Wärmeplanung verantworten sie als zentrale Akteure ein Dekadenprojekt. Wir müssen die Strom- und Wärmenetze fit machen für die Energie- und die Wärmewende. Das sind Mammutaufgaben für uns und unsere Stadtwerke. Klar ist: Ohne Städte ist das Ziel der Klimaneutralität nicht zu erreichen. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Dafür erwarten wir von Land und Bund aber auch, dass sie uns

entsprechend unterstützen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Daueraufgaben, die auch dauerhaft finanziert sein müssen.

Wir machen Zukunft – mit guter Mobilität

Städte in NRW bauen mit Hilfe von Bund und Land Bus- und Bahnnetze aus, setzen auf mehr Radverkehr und fördern Elektromobilität in der Stadt. Statt einzelner Förderprogramme muss das Land dafür eine verlässliche Finanzierungsstruktur für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur anbieten. Für uns ist außerdem klar: Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr muss das Rückgrat der Mobilitätswende vor Ort sein. Die Lastenverteilung bei der Finanzierung des ÖPNV muss zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu austariert werden. Ein wichtiger erster Schritt dafür ist eine langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets, die die Verkehrsunternehmen nicht zusätzlich belastet. Für die Mobilitätswende vor Ort brauchen die Städte außerdem noch mehr Handlungsspielraum. Die im Bundesrat gescheiterte Novelle des Straßenverkehrsgesetzes wäre ein wichtiger Schritt für mehr kommunale Beinfreiheit gewesen. Das Land sollte sich dafür einsetzen, dass die Reform jetzt wieder in die Spur kommt.

Wir machen Zukunft – mit guten Kommunal финанzen

Die Finanzsituation vieler Städte in NRW ist dramatisch. Der Investitionsstau wird größer und größer, in vielen Bereichen können Kommunen nur noch verwalten, statt zu gestalten. Hinzu kommt, dass immer neue Aufgaben für die Kommunen nicht dauerhaft auskömmlich finanziert sind und die Belastung aus bestehenden Aufgaben stetig zunimmt – vor allem im Sozialbereich. Die steigende Zinslast zehrt angesichts der Altschulden in vielen Städten dann auch noch die letzten Handlungsspielräume auf. Unser Appell an Land und Bund: Ein abgestimmter Lösungsvorschlag für die Altschuldenproblematik muss endlich auf den Tisch. Das Land muss dafür eigene Mittel bereitstellen. Und neue Aufgaben für die Kommunen müssen immer mit zusätzlichen und ausreichenden finanziellen Mitteln einhergehen. Zukunfts feste Städte kann es nur mit soliden Finanzen geben.

Foren



Begonnen hatte der Vormittag der Mitgliederversammlung mit insgesamt vier Foren. Im Forum A „Netze, Pumpen und Moneten – so gelingt die Wärmewende“ diskutierten die Beteiligten aus Stadt, Land, Handwerk und Kreditinstitut über Gelingensbedingungen und Probleme rund um Wärmewende, kommunale Wärmeplanungen, Netzausbau, Gebäudesanierungen, die Akzeptanz in der Bevölkerung und denkbare Finanzierungsquellen.

Im Forum B „Großbaustelle Bildung – Chancengleichheit von Anfang an“ drehte sich die Diskussion um Bildungsbiografien von Familien mit Armutsrisiken, Belastungen durch Fachkräftemangel, geringe finanzielle Spielräume und um die nötige Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen von Kindertageseinrichtungen bis hin zu Schulen und Elternhaus.



Welche Folgen hätte eine deutliche Stärkung der Rolle von Rechtspopulistinnen und -populisten im Europäischen Parlament für die künftige Arbeit der Europäischen Union und für die Städte in Europa? Werden wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand leben? Und was können wir in den Städten tun, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt der Gesprächsrunde des Forums C „Richtungswahl in Europa – werden Rechtspopulisten die Zukunft bestimmen?“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesvertretung NRW in der EU, der Europa-Union NRW und Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages.



„Kommunales Bauen und das Haushaltsrecht – neue Allianz für mehr Nachhaltigkeit?“ – so lautete der Titel des Forums D. Thematisiert wurde, wie sich öffentliche Gebäude aus nachhaltigen und nachwachsenden Materialien planen und herstellen lassen, die CO₂ einsparen, in Bau und Betrieb kostengünstig und recyclingfähig sind.

Impressionen aus den Foren während der Mitgliederversammlung am Vormittag. (Fotos: Graça & Darius Bialojan)

Podiumsdiskussion

„Städte und Land – wie machen wir gemeinsam Zukunft?“ – Unter diesem Motto diskutierten nach der Verabschiedung der Neusser Erklärung am Nachmittag Mona Neubauer (MdL), stellvertretende Ministerpräsidentin, der am Vormittag neu gewählte Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch aus Bochum, und der zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählte bisherige Vorsitzende, Thomas Kufen, Oberbürgermeister aus Essen. Moderiert wurde die Runde ebenso wie die Hauptprogrammpunkte der Mitgliederversammlung von der TV-Journalistin Susanne Wieseler.



Foto: Graça & Darius Bialojan

Ein inhaltlicher Schwerpunkt waren die gewaltigen Herausforderungen im Land, darunter der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität und die Folgen der Migrationsbewegungen rund um Flüchtlingsaufnahme

und Integration. Große Fragen wie diese stellen Städte und Land vor gemeinsame Aufgaben. Und die Lösungen erfordern, dass sich beide Akteure als Partner sehen.

Exkursionen und Willkommensabend der Stadt Neuss

Bereits am Vortag der Mitgliederversammlung hatte die Stadt Neuss Delegierten und Gästen besondere Einblicke geboten. Zwölf Exkursionen führten beispielsweise zu historischen Orten der Stadt, in die Sammlung des Clemens Sels Museums, auf das Gelände der künftigen Landesgartenschau 2026, zu den Neuss-Düsseldorfer Häfen oder zu besonderen Quartieren sowie Wirtschafts- und Städtebauprojekten.



Stadtrundgang und Exkursion zu historischen Orten.
(Foto: Graça & Darius Bialojan)

Am Vorabend hatte die kommunale Familie außerdem die Möglichkeit, bei einem Willkommensabend der Stadt im Zeughaus zu netzwerken und sich persönlich zu begegnen und auszutauschen.



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Juni 2024